

anderer Hinsicht aufschlußreich. Unlängst erklärte ein Staatsmann eines nichtpaktgebundenen Staates im Gespräch mit einem unserer Vertreter, seine Regierung anerkenne zwar das Bestehen zweier deutscher Staaten, sie halte auch die Herstellung diplomatischer Beziehungen zur DDR für notwendig, aber sein Staat möchte nicht der erste sein, über den sich deshalb die Wut des westdeutschen Imperialismus entlade. - Solche Befürchtungen, Genossinnen und Genossen, gehören zu den Problemen des noch nicht beendeten Befreiungskampfes dieser Völker, zu jener nur nominellen Unabhängigkeit, auf die Genosse Chruschtschow hier ebenfalls hingewiesen hat.

Zur vollen, echten Unabhängigkeit gehört auch die freie Entscheidung über die äußeren Beziehungen, die weder durch Drohungen imperialistischer Mächte - sei das die Bonner oder die Washingtoner Regierung - noch durch solche Wirtschaftsblöcke wie die EWG beeinträchtigt werden darf.

Die offizielle Anerkennung und die Herstellung voller diplomatischer Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik ist heute zu einem Bestandteil des Ringens um die volle und uneingeschränkte Ausübung der Souveränität und der Selbständigkeit der jungen Nationalstaaten geworden. Die Hallstein-Doktrin, mit der Bonn die Völker bevormunden will und ihre Selbstbestimmung verletzt, ist nichts anderes als eine der Formen des Neokolonialismus.

Wenn eine Regierung so wie die Bonner Regierung mit Handelsrestriktionen, mit Boykott, mit offener Unterstützung der Aggressoren gegen das Selbstbestimmungsrecht des tapferen kubanischen Volkes kämpft, wenn sie andere Staaten mit der Hallstein-Doktrin bevormundet, so kann sie niemals das Selbstbestimmungsrecht des eigenen Volkes schützen und verteidigen. Hier gilt noch immer der Grundsatz von Karl Marx, daß ein Volk, das andere Völker unterdrückt oder bevormundet, selbst nicht frei sein kann.

Tatsächlich ist die Bonner Regierung der eifrigste Verfechter der ausländischen Okkupation Westberlins, ist sie für die Konservierung und Verewigung der Überreste des zweiten Weltkrieges. Sie tritt gegen das selbstverständlichste Recht eines jeden Volkes auf, gegen den Anspruch auf Abschluß eines Friedensvertrages nach Beendigung eines Krieges. Sie stempelt sich damit selbst zum Feind des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes, als dessen Hüter sie sich in der Welt aufzuspielen versucht.